

**Wirtschafts-MAGAZIN**

# Pensionen: Die

Die Österreicher warten. Vor allem jene, und das sind nicht wenige, die durch die Pensionsreform 2003 durchaus erhebliche Abstriche bei ihrer Pensionsplanung in Kauf nehmen mussten. Sie warten, dass die Regierung ihr Versprechen einlöst: eine „Harmonisierung“ der Pensionsysteme, die Privilegien und Ungerechtigkeiten ein für allemal beseitigt.

Das geht aber nur, wenn man die Beamten mit einbindet. Der Stand der Dinge nach der Reform 2003:

● ASVG-Versicherte brauchen ab 2009 bereits 45 Versi-

## ASVG-Versicherte haben bei der Reform viel verloren – Beamte blieben ungeschoren

cherungsjahre, um die Höchstpension zu erreichen. ● Beamte werden nach geltender Rechtslage erst ab 2038 so weit sein. Bis 2025 haben sie praktisch keine Verluste aus der „Durchrechnung“ zu befürchten.

Der Sozialexperte Bernd Marin rechnet vor: „Aufgrund ihrer besseren Ausbildung, ihres Einkommens und der höheren Beiträge steht Beamten eine um rund 40 Pro-

zent höhere Pension als dem ASVGler zu. In Wahrheit bekommen sie aber das Zweieinhalbfache. Das kann niemand verstehen.“

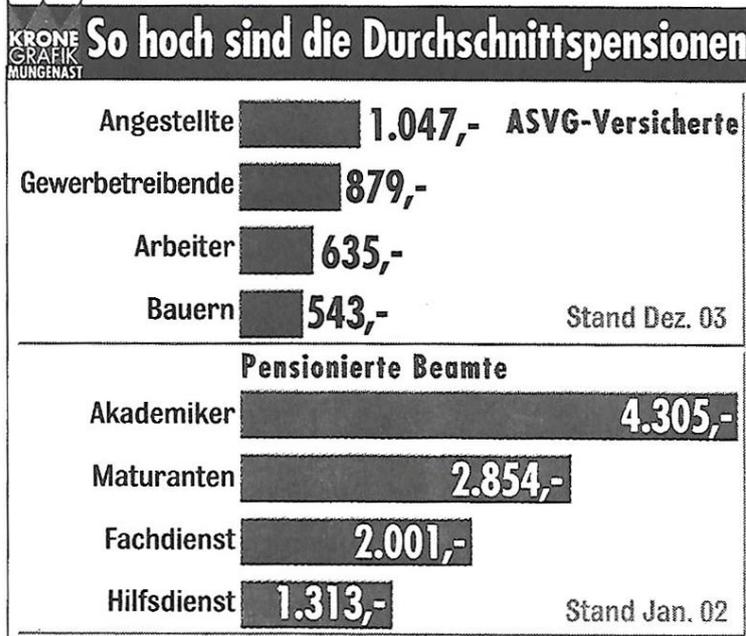
Zum Teil noch ärger ist es in manchen Bundesländern (Steiermark, Kärnten, Wien), wo nicht einmal die seit 2000

VON MANFRED SCHUM

auf Bundesebene gemachten Reformen für den öffentlichen Dienst nachvollzogen sind. „Eine Kärntner Landesbeamtin, die 2028 in Pension geht, bekommt zwischen 29 und 43% mehr als eine Kollegin, die beim Bund arbeitet“, legt Marin nach.

Die Lösung für diese himmelschreienden Ungerechtigkeiten kann nur eine schnelle, aber gerechte Harmonisierung sein. Zwei Modelle stehen zur Auswahl: Das ÖVP-Modell, das eine Harmonisierung nur für „unter 35-Jährige“ vorsieht, ist in Wahrheit eine Augenauswischerei und ein Kniefall vor den Beamten-gewerkschaften.

Das „Stichtags-Modell“ des ÖGB sieht zwar eine Umstellung für alle ab dem Tag X vor, allerdings ist dort vorgesehen, dass die Pensionsre-



31/01/04

31. JÄNNER 2004 kronenzeitung.

**Wirtschafts-MAGAZIN**

# Harmonisierung muss kommen!

form 2003 rückgängig gemacht wird. Experte Marin: „Davon halte ich nichts. Die Lösung wäre die Umstellung aller Pensionen ab 1. 1. 2005 oder rückwirkend per 2004. Die Form 2003 kann bleiben, wie sie ist.“

Ab dem berühmten Tag X gilt vereinfacht dargestellt Folgendes: Die bisher erworbenen Ansprüche bleiben für jeden aufrecht und kommen auf ein „Pensionskonto“.

Man zahlt weiter Beiträge ein, die die künftige Pensionsleistung erhöhen. Die Eckpunkte, nämlich „ab Alter 65 nach 45 Arbeitsjahren 80% Pension“ gelten für alle. Offen ist noch die Regelung für die Ersatzzeiten und der Zubzw. Abschlüsse, wenn man länger bzw. früher geht.

Für Beamte würde das bedeuten, dass ihr Pensionsbeitrag auf ASVG-Niveau reduziert wird, dafür aber der Aktivbezug steigt. Sie können

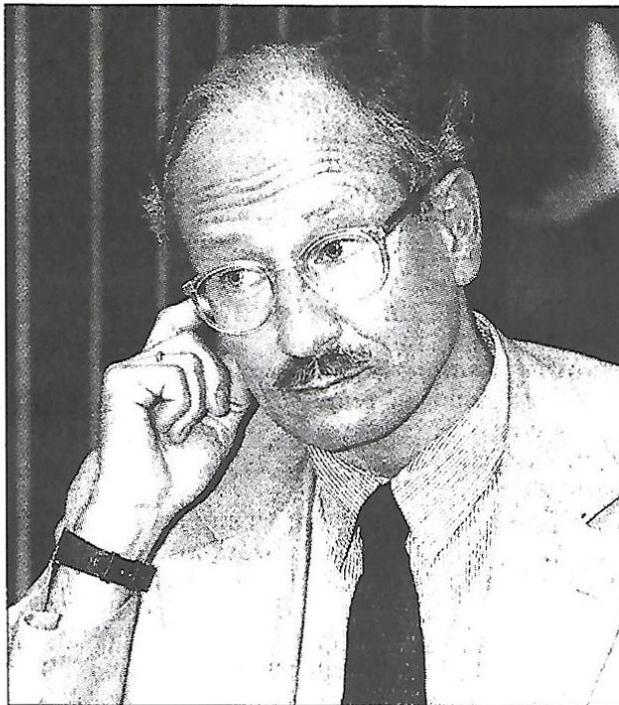


Foto: Weingartner

Sozialexperte Bernd Marin: „38–40% mehr Pension für Beamte wären o. k., aber nicht das Zweieinhalbfache.“

wählen, ob sie eine „Abfertigung neu“ oder Jubiläumsgelder (in Summe bis zu sechs Monatsgehälter) bekommen wollen. Dafür gilt auch für sie die Höchstbemessungsgrundlage des ASVG.

Nach Marins Berechnungen würden zwar in den ersten sieben bis zehn Jahren für den Staat „Umstellungskosten“

von 77 Mio. € anfallen. Doch schon ab ca. 2013 beginnen die Einsparungen zu greifen. Bis 2023 machen diese bereits 1,4 Milliarden € aus. „Das betrifft natürlich hauptsächlich die Beamten. Man darf nicht vergessen, dass z. B. ein Angestellter heute schon 92% seiner Pension selber durch Beiträge finanziert, bei manchen Landesbeamten sind es inklusive Arbeitgeberanteil nur 30%.“ Die Länder müsste man über den Finanzausgleich zwingen, bei der Reform mitzumachen. Motto: „Extrawürste, also

weiter hohe Pensionen gibt es nur, wenn sich die Länder diese selber zahlen“ (Marin).

Doch über all dem schwebt leider die politische Angst: Die Regierung will sich nicht mit der Beamtengewerkschaft anlegen. Doch dann hat sie spätestens bei der nächsten Wahl den Rest Österreichs gegen sich.